

Entlassung des Nestlé-CEO

# Laurent Freixe hat eine rote Linie überschritten

CHRISTIN SEVERIN

Die Fallhöhe ist enorm. Gestern noch war Laurent Freixe ganz oben. Chef des grössten Nahrungsmittelkonzerns der Welt. Heute steht er da ohne Position und Prestige. Der entlassene Nestlé-Chef hat über Nacht Macht und Einfluss verloren. Zum Verhängnis wurde dem Franzosen eine Liebesbeziehung – und vor allem der Umgang damit. Als der Verwaltungsrat ihn zu Hinweisen aus dem Unternehmen zur Affäre befragte, stritt er zunächst alles ab. Erst eine externe Untersuchung brachte die Wahrheit ans Licht.

Am Montag hat der Nestlé-Verwaltungsrat Konsequenzen gezogen und den CEO fristlos entlassen. Das ist hart, aber nachvollziehbar: Freixe hat gegen die internen Verhaltensregeln verstossen und mit dem Abstreiten der Vorwürfe eine rote Linie überschritten. Liebe am Arbeitsplatz ist weder selten noch verwerflich. Fast jeder zweite Deutsche hat gemäss einer Umfrage der Plattform Xing bereits romantische Erfahrungen am Arbeitsplatz gemacht. Knapp ein Viertel der Befragten gab an, sich schon einmal im beruflichen Kontext verliebt zu haben. In der Schweiz dürfte es ähnlich sein.

Heikel wird es jedoch, wenn ein Machtgefälle besteht – wie bei Freixe und seiner Geliebten. Viele Firmen untersagen solche Konstellationen, andere verlangen zumindest Transparenz. Genau daran

scheiterte der Nestlé-Chef. Das Nachrichtenportal «Inside Paradeplatz» hatte die Liaison Ende Juli publik gemacht. Wäre Freixe von Anfang an transparent gewesen, hätte sich das Dilemma möglicherweise entschärfen lassen. Doch indem er die Liaison verschwie, machte er sich erpressbar und öffnete Tür und Tor für Interessenkonflikte. Dass der Konzern derzeit bei den Investoren um Vertrauen kämpft und der Aktienkurs schwächelt, hat Freixe sicher nicht geholfen.

Interessenkonflikte entstehen etwa dann, wenn ein Chef seine Geliebte begünstigt und dadurch bei den anderen Mitarbeitenden an Glaubwürdigkeit verliert. Vielleicht gewährt er auch Zugang zu vertraulichen Informationen. Oder die untergeordnete Person unterstützt die Strategie ihres Chefs, der sie sonst vielleicht kritischer gegenübergestanden hätte.

Hierarchische Verhältnisse können auch in Machtmissbrauch münden. Schliesslich entscheiden Vorgesetzte nicht nur über Beförderungen, sondern auch über Entlassungen. Wer ihnen als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter nahesteht, kann sich deshalb zu Dingen gedrängt fühlen, die sie oder er eigentlich nicht will. Problematisch wird es auch, wenn eine Beziehung endet, der Chef dafür sorgt, dass die ehemalige Geliebte das Unternehmen verlässt, und sich die zurückgewiesene Person rächen will. Nicht alles Private geht den Arbeitgeber etwas an. Wird bei-

spielsweise eine junge Frau im Einstellungsgespräch nach Kinderwünschen gefragt, muss sie nicht ehrlich antworten. Doch dieser Fall ist anders gelagert.

Im Fall Freixe geht es nicht um den Schutz der Privatsphäre, sondern um die Integrität der Unternehmensführung. Die Offenlegung von privaten Beziehungen am Arbeitsplatz reduziert das Risiko von problematischen Konstellationen, die im Interesse weder des Unternehmens noch der Angestellten sind. Je nach Situation und Bedarf treten die Beteiligten dann in den Ausstand. Freixe hat aber den Weg der Intransparenz gewählt. Es wäre trotz allem ein Fehler, aufgrund des Falls Freixe zu einer Nulltoleranzpolitik in Sachen romantische Beziehungen am Arbeitsplatz überzugehen.

Gerade im angelsächsischen Raum macht man sich einen Sport daraus, die gefallenen Stars zu entblößen. In den USA herrscht eine puritanische Grundhaltung, bei der bei einem Verstoß gegen gesellschaftliche Wertvorstellungen schnell auch die berufliche Integrität infrage gestellt wird. Für Aussenstehende haben Affären von Managern und Politikern durchaus Unterhaltungswert. In Kontinentaleuropa hingegen geniesst die Privatsphäre zu Recht einen höheren Stellenwert. Arbeitnehmern wird eher zugestanden, dass sie auch nur Menschen sind, die sich verlieben können. Die Freiheit muss aber dort enden, wo sie in Interessenkonflikte oder Machtmissbrauch kippt.

Im Fall Freixe geht es nicht um den Schutz der Privatsphäre, sondern um die Integrität der Unternehmensführung.

Altbundesrat an chinesischer Militärparade

# Die Aufregung über Maurers Reise ist überzogen

TOBIAS GAFAFER

Alt Bundesrat Ueli Maurer mischt sich im Ruhestand gerne in die Politik ein. Im deutschen Wahlkampf richtete er eine Grussbotschaft an AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel. Die Bundesrepublik sah er auf dem Weg zu einem totalitären Regime. Den Umgang mit der Corona-Pandemie bezeichnete er als Massenhypnose und Hysterie, die bewusst geschürt worden sei. Nun sorgt sein geplanter Besuch in Peking für Furore. Maurer nimmt am Mittwoch an einer grossen Militärparade teil, mit der China an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren erinnert. Neben Maurer hat Peking den Kremelherrscher Wladimir Putin, Nordkoreas Diktator Kim Jong Un und Weissrusslands Diktator Alexander Lukaschenko eingeladen, aber auch die Präsidenten Indonesiens und Malaysias sowie weitere chinafreundliche Politiker.

Die Aufregung ist gross. Maurer zeige nicht zum ersten Mal seine Verehrung für autoritäre Regime, sagte der SP-Aussenpolitiker Fabian Molina den Zeitungen von CH Media. Dass Maurer eine solche Reise ohne Absprache mit dem Aussendepartement (EDA) geplant habe und gleichwohl den Eindruck erwecke, er sei im Auftrag der offiziellen Schweiz unterwegs, sei ein Skandal. Alt Bundesrat Moritz Leuenberger kritisierte in der «Sonntags-

Zeitung», Maurer handle gegen die Landesinteressen, wenn er ohne Mandat und ohne Absprache an einen solchen Anlass gehe. Er schädige die Reputation der Schweiz bei befreundeten Staaten.

Gewiss ist es üblich, dass Altbundesräte das EDA über ihre Teilnahme an derartigen Anlässen informieren. Maurer reist nicht als früherer Geschäftsführer des Zürcher Bauernverbandes oder als Privatperson nach China, sondern als ehemaliger Bundespräsident und Finanzminister, wie ihn Peking auch ankündigt. Die chinesische Staatspropaganda dürfte versuchen, den Gast aus der Schweiz zu instrumentalisieren. Die Nähe zum kommunistischen Regime, die führende Exponenten der SVP immer wieder demonstrieren, irritiert.

Dennoch ist die Aufregung überzogen. Es ist einem früheren Bundesrat unbenommen, im Ruhestand Kontakte zu pflegen. Die Kritiker geben Maurers Reise eine Bedeutung, die ihr nicht zukommt. Warum sich gerade Leuenberger bemüssigt fühlt, einem ehemaligen Bundesratskollegen Ratschläge zu geben, bleibt sein Geheimnis. Der frühere Verkehrsminister sorgte links wie rechts für Unverständnis, als er sich kurz nach seinem Rücktritt 2011 in den Verwaltungsrat des Baukonzerns Implenia wählen liess. Der Bundesrat reagierte mit einem Verhaltenskodex, um im Parlament eine «Lex Leuenberger» zu verhindern.

Der Lärm um die China-Reise lenkt nur davon ab, dass sich die Schweiz im Umgang mit dem Land nach wie vor schwertut.

Ueli Maurer ist für die Medien mit ihrem Hang zur Personalisierung eine dankbare Figur. Der Lärm um seine Reise lenkt jedoch nur davon ab, dass sich die Schweiz im Umgang mit China nach wie vor schwertut. Für die Exportwirtschaft wird das Land wegen des Zollkonflikts mit Donald Trump noch wichtiger. Gleichzeitig tritt Peking im Südchinesischen Meer aggressiver auf. Indem es Bauteile für Drohnen nach Russland liefert, erlaubt es Moskau, der Ukraine Tod und Zerstörung zu bringen. Die Parade an diesem Mittwoch soll unter anderem Chinas militärische Stärke demonstrieren. Ein Angriff auf Taiwan würde auch die Schweiz vor schwierige Fragen stellen.

Der Bundesrat hat 2021 erstmals mit einer China-Strategie reagiert, die auch die Herausforderungen ansprach. Der chinesische Botschafter in Bern reagierte mit scharfer Kritik. Offenkundig erschreckt vom eigenen Mut, verabschiedete die Regierung im Juni eine neue, kaum beachtete Strategie «Asien-G-20». Sie handelt China kürzer und zurückhaltender ab, betont aber, die Prinzipien für die Zusammenarbeit der früheren Strategie würden weiterhin gelten.

Wichtiger als grosse Strategien ist, dass die Schweiz lernt, in Szenarien zu denken. Das hat sich letztmals im Zollstreit mit den USA gezeigt. Für den Fall eines chinesischen Angriffs auf Taiwan und Sanktionen Washingtons muss Bern besser vorbereitet sein.

Zürcher Kantonsrat schafft Sprachunterricht ab

# Frühfranzösisch hat an der Primarschule keinen Platz

ZENO GEISSELER

Wieso lernen Schulkinder eigentlich, was sie lernen? Bei Mathematik und Deutsch ist die Antwort offensichtlich: Die beiden Fächer sind für das Leben unentbehrlich. Wer nicht wenigstens in Grundzügen lesen und rechnen kann, wird es später schwer haben. Jeder Einkauf im Supermarkt, jede Bestellung im Restaurant, jede Unterzeichnung eines Vertrags ist eine praktische Anwendung des Schulstoffs.

Englisch ist eine sehr sinnvolle Ergänzung dazu, ein Türöffner in die Welt der Wirtschaft, der Forschung, der Kultur und des Internets. Wäre Englisch keine Sprache, sondern eine Organisation, dann hätte es den Friedensnobelpreis verdient. Diese moderne Lingua franca hat mehr für die Völkerverständigung getan als jeder Politiker.

Das Französisch kann da nicht mithalten. Sein praktischer Nutzen ist genauso beschränkt wie sein kultureller Einfluss ausserhalb der monde francophone. Trotzdem müssen Zürcher Kinder schon in der Primarschule diese wunderbare, aber diffizile Sprache lernen. Das ist politisch gewollt: Man will die «cohésion nationale» stärken, den nationalen Zusammenhalt. Deutschschweizer Kinder pauken also Französisch und ihre «Compatriotes» Deutsch, weil das patriotisch ist.

Der Schönheitsfehler ist, dass der Französischunterricht nicht funktioniert. Viele Schüler sind überfordert, es herrscht «confusion» statt «cohésion». Nur jeder fünfte Jugendliche in der Sek B und C versteht einen simplen gesprochenen Dialog, nur jeder siebte kann einen einfachen Text lesen. Das sind katastrophale Werte, die in einem markanten Kontrast zur Idealvorstellung des «Sprachenkompromisses» der Kantone stehen.

Nach diesem sollen Schülerinnen und Schüler in zwei Fremdsprachen am Ende der Volksschule gleichwertige Kompetenzniveaus erreichen. Das kann nur schon deshalb nicht aufgehen, weil viele Kinder auch in ihrer Freizeit ständig dem übermächtigen Englisch ausgesetzt sind, beim Musikhören, beim Streaming von Filmen, bei Computerspielen oder auf Social Media.

Das Französisch hingegen spielt in ihrem Alltag so gut wie keine Rolle, es ist eine Sprache, die es nur im Schulzimmer gibt. Das Gleiche gilt für das Deutsch westlich der Saane. Wenn Westschweizer und Deutschschweizer zusammenkommen, dann wechseln sie nach ein paar gestammelten Saluts und Hallos zum Hello. Nur auf Englisch begegnet man sich auf Augenhöhe.

Der Zürcher Kantonsrat hat diese Entwicklung erkannt und beschlossen, die Zürcher Primarschule

Nur jeder fünfte Schüler in der Sek B und C versteht einen simplen gesprochenen Dialog – es herrscht «confusion» statt «cohésion».

vom Französisch zu befreien. Er ist damit auf der richtigen Spur. Auch Bundesbern sollte dies anerkennen: Elisabeth Baume-Schneider sollte auf die Kantone hören, statt ihnen zu drohen, dass der Bund in der Sprachfrage eingreift.

Es ist schon genügend anspruchsvoll, in den wenigen Jahren zwischen Kindergarten und Sekundarstufe einigermassen gut Deutsch zu lernen. Dies gilt erst recht für Kinder mit Migrationshintergrund. Für sie ist Deutsch nicht nur eine Fremdsprache, sondern ein Schlüssel für alle anderen Fächer und zu einer erfolgreichen Integration. Französisch ist eine unnötige Ablenkung. Vielleicht kann Französisch als Freifach erhalten bleiben, und zwar als eines, das nicht Vokabellisten ins Zentrum stellt, sondern die Freude an der Entdeckung einer neuen Sprache.

Als das Zürcher Stimmvolk 1988 die Einführung von Französisch an der Primarschule beschloss, war genau das der Plan. Damals hielt der Regierungsrat explizit fest, dass die Sprache ohne Druck vermittelt werden sollte. Es gab weder Noten noch Hausaufgaben. Im Vordergrund standen das Spielerische und der mündliche Ausdruck.

Das könnte ein Weg sein. Besser, eine Schule bringt fünf Freiwillige zur Konversationsreife als fünfundzwanzig Frustrierte zur Verzweiflung.